



Aktenzeichen: CDU

Datum: 04.12.2023

Hinweis:

Beratungsfolge: Stadtrat

**Überforderung der Kommunen  
hier: Antrag der CDU-Stadtratsfraktion**

**Dringender Appell für eine Neuausrichtung der Migrationspolitik und verstärkte  
Unterstützung der Gemeinden seitens der Landes- und Bundesregierung**

**Antrag:**

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, die tiefgreifenden Probleme der Gemeinden im Rahmen der Zuweisung von Flüchtlingen endlich anzuerkennen und die Gemeinden bei der Lösung aktiv zu unterstützen. Zwingend, aber alleine nicht ausreichend, ist eine finanzielle Vollkostenerstattung. Darüber hinaus dringend notwendig sind umfassende Unterstützungsmaßnahmen einschließlich personeller Ressourcen, Expertisen und gezielter Programme zur Bewältigung auch der gesellschaftlichen Herausforderungen, die mit dem massenhaften Zuzug von Flüchtlingen einhergehen. Die weitere Zuweisung von Flüchtlingen mit ungeklärter Bleibeperspektive an die Gemeinden muss umgehend gestoppt werden.
2. Bürokratische Hemmnisse, die einem effektiven Handeln der Kommunen im Rahmen der Unterbringung bereits zugewiesener Flüchtlinge entgegenstehen, zum Beispiel im Rahmen des Bauordnungsrechts und des Vergaberechts, sind umgehend zu beseitigen oder vorübergehend auszusetzen.

**Beratungsergebnis:**

Gremium	Sitzung am	Top	Öffentlich:	<input type="checkbox"/>	Einstimmig:	<input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen:	
			Nichtöffentlich:	<input type="checkbox"/>	Mit	<input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen:	
					Stimmenmehrheit:	<input type="checkbox"/>	Enthaltungen:	
Laut Beschlussvorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen		Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Verwaltung ist beigefügt:		Unterschrift:		
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> siehe Rückseite:		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>		

3. Die Landesregierung wird weiter aufgefordert, sich beim Bund energisch für eine Neuausrichtung der Migrationspolitik einzusetzen und die drängenden Probleme und Sorgen der Gemeinden dort ungeschönt zum Ausdruck zu bringen. kommunizieren. Die Bundesregierung muss eindringlich aufgefordert werden, die gegenwärtige Migrationspolitik zu überdenken und bereits den unregulierten Zuzug von Flüchtenden effektiv zu reglementieren, anstatt erst bei der Beendigung unberechtigten Aufenthalts anzusetzen. Dabei ist am Recht auf politisches Asyl sowie an zweifellos im Rahmen der Völkergemeinschaft bestehenden humanitären Verpflichtungen nicht zu rütteln. Einer massenhaften und ungesteuerten Zuwanderung aus anderen, darüber hinausgehenden Gründen ist jedoch effektiv entgegenzutreten.

**Begründung:**

Die Flüchtlingsgipfel von Bund und Ländern haben zweifellos einen wichtigen Schritt

markiert. Angesichts der stetig wachsenden Herausforderungen durch den anhaltenden Flüchtlingsstrom auch in unsere Stadt sind wir allerdings überzeugt, dass dies erst der Anfang sein kann. Unser gesellschaftlicher Zusammenhalt und der soziale Friede sind durch eine weitere ungesteuerte Zuwanderung ernsthaft bedroht. Frankenthal ist historisch betrachtet eine Stadt, die ihren Aufschwung und ihre Blüte Einwanderern verdankt. Wir sind gastfreundlich und hilfsbereit. Die gegenwärtige Situation überfordert jedoch die Bürgerinnen und Bürger und erfordert eine so nicht mehr zu erbringende Integrationsleistung. Dies wird letztlich auch den Bedürfnissen hier ankommender Flüchtender nicht mehr gerecht.

Die Situation macht es unerlässlich, einen dringenden Hilferuf an die Landes- und Bundesregierung zu richten. Dieser Appell soll verdeutlichen, dass unsere Gemeinschaft vor einer gewaltigen Aufgabe steht, nämlich die Bedürfnisse und Integration der ankommenden Flüchtlinge angemessen zu bewältigen. Daher ist es von größter Wichtigkeit, dass zusätzliche Ressourcen sowie geeignete Maßnahmen ergriffen werden, um eine nachhaltige Lösung für die anhaltende Krise zu finden und gleichzeitig unsere sozialen Strukturen zu stärken.

Viele Gemeinden, darunter auch unsere, haben trotz intensiver Bemühungen und erheblicher Ausweitung ihrer Kapazitäten bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen ihre Leistungsgrenze in jeder Hinsicht erreicht. Ohne eine substanzielle Unterstützung und eine gänzlich neue Ausrichtung der Migrationspolitik auf Landes- und Bundesebene werden wir ernsthafte soziale und strukturelle Spannungen erhalten. Die Kommunen werden es ohne weitgreifende Veränderungen dieser Ausrichtung nicht erreichen die dringend notwendigen Maßnahmen in einer dazu angemessenen Zeit umzusetzen. Wohnraum, Kita- und Schulplätze oder Sprachkurse um nur wenige Beispiele zu nennen sind heute schon zu knapp.

Stadtspitze und Verwaltung werden daher aufgefordert, im Namen des Stadtrats und für das Wohl aller Bürgerinnen und Bürger dieses Anliegen auf Landes- und Bundesebene in geeigneter Weise, zum Beispiel durch einen offenen Brief als Hilferuf zu artikulieren. Dabei soll substantiell auf die folgenden Punkte eingegangen werden: Zukünftig soll es für nicht anerkannte Asylbewerber Sachleistungen statt Geldleistungen geben. Eine Obergrenze von 200.000 gilt vorübergehend, bis die Überforderung von Bund, Land und Kommunen

erledigt ist. Eine Arbeitspflicht für Flüchtlinge und Asylbewerber wird für diejenigen, die arbeiten können, eingeführt. Die schon jetzt erfolgreichen Grenzkontrollen werden fortgeführt, Bund und Land stellen Bundes- und Landesliegenschaften zur Unterbringung zur Verfügung. Es wird konsequent abgeschoben, wenn es kein Bleiberecht gibt. Und es erfolgt eine Bündelung der durchzuführenden Verfahren von Anfang bis zur rechtskräftigen Entscheidung in Ankerzentren, nur Anerkannte und Bleibeberechtigte werden in die Kommunen verteilt. Es erfolgt eine Ausweitung der Abschiebeeinrichtungen, eine Genehmigung der kommunalen Haushalte unter Herausrechnung der Flüchtlingskosten sowie eine Zurverfügungstellung von Personal des Bundes und des Landes für die kommunalen Ausländerbehörden.

Für die CDU – Fraktion



Christian Baldauf, MdL  
Fraktionsvorsitzender